Nummer 125

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 70. Jahrgang. Sonntag, 15. März 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte, sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung

Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: B. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin. Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: G. Rongiewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12 352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Rmk., Stellungsuchende 0,40 Rmk., Reklamezeile 4,50 Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im 1. Quartal 1925 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Schweiz 50 schweizerische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 80 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen, Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat März 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412

Dr. Jarres — der nationale Kandidat.

Durch das endlose Hin und Her der Verhandlungen um die Kandidaturen zur Wahl am 29. März sind die Elemente, die zum Kampf um die Reichspräsidentschaft drängen, lange genug künstlich zurückgehalten worden, sodaß sie jetzt, da die Fesseln gefallen und das Ziel greifbar nahegelegt, mit umso größerer Kraft hervorbrechen. Der Wahlkampf beginnt. Knappe vierzehn Tage stehen ihm zur Verfügung. Dann soll das deutsche Volk zum ersten Male sich sein Staatsoberhaupt wählen und auf Grund sechsjähriger Erfahrungen das Urteil fällen über das, was es in diesen sechs Jahren hat erleben müssen. Das deutsche Volk soll seinen Willen Ausdruck verleihen, in welcher Richtung es weitergeführt werden will, ob in dem Kurse, der in diesen sechs Jahren der vorherrschende gewesen ist, oder in dem anderen, der erst in der letzten Zeit langsam und schüchtern sich durchsetzt. Der Mann, der als Repräsentant dieser anderen Richtung, die fort will von der Revolution, Präsident des Deutschen Reiches werden soll, ist Dr. Karl Jarres.

Seine Vergangenheit bietet Gewähr genug dafür, daß er als Persönlichkeit, Charakter und Politiker den berechtigten Wünschen des nationalen Deutschlands entspricht. Aus alter rheinischer Familie stammend, ist der jetzt Fünfzigjährige in rascher Laufbahn vor zehn Jahren zu dem Posten des Oberbürgermeisters von Duisburg emporgeklommen. Die schweren Aufgaben, die sich dort für das Oberhaupt dieses wirtschaftlichen Zentrums mit dem größten Binnenhafen Europas ergaben, hat Dr. Jarres mit sicherer Hand gelöst. Die außerordentliche Popularität, deren er sich in seiner rheinischen Heimat erfreut, verdankt er besonders seinem mutigen und entschlossenen Auftreten während des Kommunistenaufstandes 1920 und in den ersten Monaten der französischen Okkupation. Als der rote Terror nach dem Kapp-Putsch auch auf Duisburg übergriff, und als die Gefahr bestand, daß die Bolschewisten sich auch dieses wichtigen und letzten Stützpunktes der Ordnung bemächtigen würden, blieb Dr. Jarres der unerschütterliche Pol des moralischen Widerstandes, an dem schließlich der bolschewistische Ansturm zerschellte. Damals hat ihn der Pöbel aus dem Rathause gerissen und ihn, als er sich weigerte, die rote Fahne dem Mob vorangutragen, blutig geschlagen und ihn gezwungen, unter fortgesetzten Mißhandlungen durch die Straßen der Stadt, von dem roten Tuchfetzen bedeckt, zu gehen. Unerschütterten Mutes kehrte, als die Rotte ihn wieder freigelassen hatte, Dr. Jarres in das Rathaus zurück und präsidierte in einer Magistratssitzung, die Abwehrmaßnahmen beriet. „Fällt Jarres, fällt Duisburg", das war die Parole der Roten. Jarres wich nicht von seinem Posten und rettete Duisburg.

Es war klar, daß ein solcher Mann drei Jahre später, als die Franzosen und Belgier ins Ruhrgebiet einbrachen, dem neuen Feinde mit der gleichen Geradheit und Entschlossenheit im Interesse der ihm anvertrauten Stadt entgegentrat. Die Quittung blieb nicht aus: er erhielt den Ausweisungsbefehl. Diesen Befehl beantwortete Dr. Jarres mit folgendem Brief:

„An den Herrn kommandierenden General der Besatzungstruppen Duisburg.

Ich bestätige den Eingang Ihres Ausweisungsbefehls vom 29. d. Mts. und erwidere darauf folgendes: Keiner Macht der Erde kann ich das Recht zugestehen, mich aus meiner rheinischen Heimat, in der ich festgewurzelt bin und wichtige Aufgaben zu erfüllen habe, gegen meinen Willen entfernen. Ich darf und werde Ihrem Ausweisungsbefehl deshalb keine Folge geben.

Dr. Jarres, Oberbürgermeister."

Am Tage darauf wurde Dr. Jarres festgenommen und von den Besatzungstruppen im Kraftwagen ins unbesetzte Gebiet geschafft. Aber der Feind biß auf deutschen Granit. Am 7. Februar erschien Dr. Jarres wieder im Rathause und erfüllte seine Pflicht als Stadtoberhaupt, obwohl er wußte, was seiner harrte. Am gleichen Tage erneut festgenommen, wurde er zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt und abermals gewaltsam aus der Stadt entfernt. Von Elberfeld aus wurde er dann die Seele des passiven Widerstandes, bis er auf den Posten des Reichsinnenministers und Vizekanzlers nach Berlin berufen wurde. Seine Tätigkeit auf diesem Posten entsprach voll den Erwartungen, die das nationale Deutschland in diesen aufrechten Mann und wahrhaften Deutschen gesetzt hatte.

Dr. Jarres ist nicht Parteipolitiker, sein Tun und Handeln war und ist — das beweist seine Vergangenheit — der Erhaltung des Deutschtums und dem Wiederaufbau des Reiches gewidmet: er ist deshalb der Mann, dem jeder nationale Deutsche heute in vierzehn Tagen seine Stimme geben soll.

Aufruf an das deutsche Volk.

Der Reichsblock für die Reichspräsidentenwahl erläßt folgenden Aufruf an das deutsche Volk:

„Zum ersten Male werden die deutschen Wähler und Wählerinnen am 29. März an die Wahlurne gerufen, um für sieben Jahre einen Reichspräsidenten zu wählen.

An diesem historischen Tage müssen alle Grenzen der Partei, der Konfession und des Standes fallen. Die Wähler sollen nur den besten und würdigsten Mann berufen. Deshalb haben sich die Vertreter derjenigen Parteien, die fast die Mehrheit aller deutschen Wähler hinter sich wissen, gemeinsam mit Vertretern vaterländischer, wirtschaftlicher und kultureller Verbände zum Reichsblock vereinigt. Sie haben sich nach reiflicher Erwägung entschlossen, dem deutschen Volk für die Wahl zum Reichspräsidenten

Herrn Oberbürgermeister Dr. Jarres

in Duisburg, vormaligen Reichsminister des Innern und Vizekanzler, zu empfehlen. Dabei war für den Reichsblock maßgebend, daß Herr Dr. Jarres ein Mann ist von großer Erfahrung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, ein lauterer Charakter, ein Mann des nationalen Fortschrittes und verfassungstreuer christlicher Gesinnung, bewährt als Vorkämpfer deutscher Freiheit für Rhein und Ruhr. Herr Dr. Jarres vereinigt in sich die Eigenschaften guter deutscher Art und leistet Gewähr für eine sachliche, gerechte Führung der Geschäfte, für die Reinheit der Verwaltung in allen Dingen. Er hat in schwerster Zeit eine Person rücksichtslos für Staat und Volk eingesetzt. Er hat sein Staatsamt die Einheit des Reiches in vertrauensvoller gemeinsamer Arbeit mit den Regierungen aller deutschen Länder gefestigt.

Die Vereinigten Parteien und Verbände fordern alle deutschen Frauen und Männer und die deutsche Jugend auf, für den Kandidaten des Reichsblocks zu werben. Überall sind Wahlausschüsse zu bilden und Gelder zu sammeln. Bei stärkster Anspannung aller Kräfte kann der Sieg schon im ersten Wahlgang errungen werden. Unsere Parole ist: die Einheit der Deutschen, die Reinheit des öffentlichen Lebens, das Staatswohl über dem Parteigeist!

Ein Weg — ein Wille!

Der Reichsblock: Staatsminister von Loebell, Bachmann, Landvolk, M. d. R., Baltrusch, Gewerkschaftsvorsitzender, Berlin, Behrens, Vors. des Zentralverbandes der Landarbeiter, Oskar Beier, Gastwirtsmeister, Dresden, Hans Böhmer, Jungdeutschlandbund, Vorsitzer Dr. Brodt, Marburg, Budjuhn, Handwerkskammer-Syndikus, Dr. Ernst v. Borsig, Berlin, Dr. D. h. Campe, Regierungspräsident a. D., Hildesheim, Otto Colosser, Architekt, Berlin, Dr. von La Chevallerie, Altherrenschaft des Hochschulringes deutscher Art, Senatspräsident a. D. Dr. Flügge, Altherrenschaft des Hochschulringes deutscher Art, Freiherr v. Gayl, Mitglied des Staatsrates, General Graf von der Goltz, Vereinigte Vaterländische Verbände Deutschlands, Graef, Amtsgerichtsrat, Thüringen, Haase, Kaufmann, Siegnitz, von Heydebrand, Generalfeldmarschall, Hutten, General der Inf. a. D., Deutscher Offizierbund, Hepp, Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kalckreuth, Präsident des Reichslandbundes, von Killinger, Bund Wiking, Kloppe, Studienrat, Bundesführer des Wehrwolfes, Bund deutscher Männer und Frontkämpfer, Kraft, Kapitän z. S. a. D., Kempfes, Staatssekretär z. D., Frau Anny von Kusserow, Erste Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Volksschullehrerinnen, Max Kroker, Kraftdroschkenbesitzer, Berlin-Friedenau, Karl Lodendorff, Vorsitzender des Preußischen Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine, Walther Lambach, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Langer, Gewerkschaftssekretär, Frau Annagrete Lehmann, Ernst Lucke, Oberpostsekretär, Chemnitz, Frau Klara Mende, Michaelis, ehem. Reichskanzler, Frau Müller-Otfried, Vorsitzende des deutsch-evangelischen Frauenbundes, Franz Seldte, Führer des Stahlhelms, Bund der Frontsoldaten Magdeburg, Anna Schoffner, Berlin, Hermann Schwend, Rektor, Obersausen, Soden, Elberfeld, Dr. v. Strauß, Berlin, Otto Thiel, Generalsekretär Werkbeder, Berlin, Großadmiral von Tirpitz, Albert Vögler, Dortmund, Voigt, Friedenau, Ersten Vorsitzender des deutschen Handwerkerbundes, Wallraff, Staatsminister, Berlin, Graf Waldersee, Generalmajor, Nationalverband deutscher Offiziere, Graf Westarp, Berlin, D. Winckler, Berlin, Wahl, Oberleutnant a. D., Reichsoffizierbund, Winnefeld, Bergmann, Günigfeld, Dr. Zapf, Geheimer Justizrat, Zweibrücken."

Eigne Kandidatur der Bayerischen Volkspartei.

Geheimrat Held.

München, 14. März.

Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei billigte einstimmig, wie der Landesdienst des Süddeutschen Korrespondenzbureaus erfährt, die Haltung der Unterhändler der Partei bei den Verhandlungen in Berlin zwecks Aufstellung eines bürgerlichen Sammelkandidaten für das Amt des Reichspräsidenten. Er nahm mit Bedauern davon Kenntnis, daß in letzter Stunde die aussichtsreichen Verhandlungen scheiterten. Da die jetzt aufgestellten Kandidaten im Gegensatz zu dem Gedanken einer Sammelkandidatur fänden, sehe sich der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei nicht in der Lage, den Wählern der Partei einen der bereits bekannten Kandidaten zur Wahl zu empfehlen. Andererseits müsse auch Stimmenthaltung vermieden werden, da diese Verringerung der abgegebenen Stimmen einer Förderung der Kandidatur ausgesprochen links gerichteter Gegner der Bayerischen Volkspartei gleichkommen würde. Unter diesen Umständen beschloß der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei einstimmig, für die Reichspräsidentenwahl am 29. März als Kandidaten den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heldt aufzustellen. Die Zustimmungserklärung des im Landesausschuß anwesenden Ministerpräsidenten Dr. Heldt wurde mit stürmischem, langandauerndem Beifall aufgenommen.

*

Diese Sonderkandidatur der Bayerischen Volkspartei bedeutet keine Ueberraschung, nachdem die bürgerliche Sammelkandidatur Geßler, an der sich auch die B. V. P. beteiligt hätte, gescheitert war.

Damit ist die Aussicht auf Sieg irgend eines Kandidaten im ersten Wahlgang völlig geschwunden.

Die bayerischen Deutschnationalen für Jarres.

TU München, 14. März.

Der Landesausschuß der Deutschnationalen Volkspartei in Bayern hatte heute nachmittag eine Aussprache über die Reichspräsidentschaftswahl. Es herrschte von vorn herein Uebereinstimmung gegenüber der Kandidatur Dr. Jarres, so daß sich nur eine Aussprache über wahlorganisatorische Fragen ergab. Rückwirkungen der von der Bayerischen Volkspartei aufgestellten eigenen Kandidatur auf die Verhältnisse der Bayerischen Regierungskoalition sind vorläufig nicht zu befürchten.

Auch die Deutschsozialen für Jarres.

In der „Neuen Zeitung" schreibt Richard Kunze, der Führer der Deutschsozialen Partei, die Deutschsozialen müßten nach dem Grundsatz bei der Präsidentenwahl handeln, von mehreren Uebeln das kleinere zu wählen. Aus diesem Grunde unterstützen sie die Wahl von Jarres.

Dr. Jarres' erste Wahlrede.

Der Reichsblock wird am Mittwoch, den 18. März, nachmittags 3 Uhr in der Philharmonie eine Kundgebung veranstalten, zu der Delegierte aus ganz Deutschland erscheinen werden. In dieser Kundgebung wird Dr. Jarres seine erste Wahlrede halten.

Der Völkerbund an Deutschland.

Die Antwort auf das deutsche Memorandum.

WTB Berlin, 14. März.

Bei dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist am Sonnabend abend nach 8 Uhr ein Telegramm des Generalsekretärs des Völkerbundes eingegangen, das in Uebersetzung folgenden Wortlaut hat:

Entsprechend den Instruktionen des Völkerbundrats habe ich die Ehre, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß der Rat die Note Ew. Exzellenz vom 12. Dezember 1924 über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund mit besonderer Aufmerksamkeit geprüft. Mit Genugtuung hat der Rat Kenntnis genommen von der in der Einleitung dieses Schreibens stehenden Erklärung, die Deutsche Regierung glaubt, daß die politische Entwicklung des letzten Jahres die Möglichkeit des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund eröffnet hat" und ebenso von der Absicht, welche die Deutsche Regierung in dem beigefügten Memorandum zum Ausdruck gebracht hat, den alsbaldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu erstreben". Die Deutsche Regierung hat bereits bei den zehn im Rate vertretenen Regierungen angefragt und hat von ihnen begründete Antworten erhalten. Der Rat, der sich aus den Vertretern derselben Regierungen zusammensetzt, wäre nicht in der Lage, eine Erklärung abzugeben, die mit diesen Antworten im Widerspruch steht. Es freut ihn daher, zu hören, daß, abgesehen von einer Frage, die später erörtert wird, die der Deutschen Regierung zugegangenen Antworten für befriedigend erscheinen.

Der Rat nimmt Kenntnis davon, daß die Deutsche Regierung in Anfhung der Voraussetzungen, unter denen Deutschland in den Völkerbund eingutreten wünscht,

auf jede Absicht verzichtet, „für Deutschland besondere Vergünstigungen zu verlangen",

daß sie aber erwartet, daß dieser Eintritt sich auf dem Fuße der Gleichberechtigung vollzieht.

Der Rat stellt fest, daß die zehn befragten Regierungen über diese Voraussetzung völlig einig sind. Er selbst sieht in diesem Grundsatze der Gleichberechtigung, der für alle sowohl die gleichen Verpflichtungen als auch die gleichen Rechte zur Folge hat, eines der wesentlichen Elemente des Völkerbundes. Gleichzeitig glaubt er darauf hinweisen zu müssen, daß dieser Grundsatz wichtige Folgen für die Sonderfrage hat die von der Deutschen Regierung hinsichtlich des

Artikel 16 der Satzung

aufgeworfen wird. Deutschland verlangt allein für diesen Artikel eine Sonderstellung. Aber dieser Artikel ist für die Bundesverfassung von grundlegender Bedeutung, denn er bestimmt zu einem wesentlichen Teile der Sicherungen, die allen Bundesmitgliedern zugute kommen, und die Verantwortlichkeit, die sie übernehmen.

Die deutsche Regierung lenkt bei der Darlegung ihres Standpunktes zu dieser Frage die Aufmerksamkeit auf die militärische Lage Deutschlands, die durch den Vertrag von Versailles geschaffen ist. Sie gibt der Befürchtung Ausdruck, daß, wenn die im Artikel 16 vorgesehenen Maßnahmen zu Feindseligkeiten führen sollten, Deutschland nicht imstande sei, sein Gebiet gegen einen militärischen Einfall zu schützen. Die deutsche Regierung fügt hinzu, daß es nach ihrer Ansicht nur einen Ausweg aus der schwierigen Lage gibt, in der sie sich befinden würde: „Dem deutschen Reiche muß für den Fall internationaler Konflikte die Möglichkeit belassen werden, das Maß seiner aktiven Teilnahme selbst zu bestimmen." Weiterhin spricht sich die deutsche Regierung dagegen aus, daß Deutschland durch seinen Eintritt in den Völkerbund verpflichtet werde, „auf die Neutralität zu verzichten."

Der Rat hält es für angezeigt, in dieser Hinsicht darauf hinzuweisen, daß die Art und das Ausmaß

In der Beilage „Welt und Wissen" der vorliegenden Ausgabe finden unsere Leser den zweiundzwanzigsten Aufsatz der

„Gedenktage des Weltkrieges"

von General der Infanterie von Kuhl:

Die Operationen im Orient: Suezkanal und Dardanellen.

Emma Oberländer & Co.

zeigen die letzten Pariser Schöpfungen in Kleidern, Mänteln, Hüten, Taschen und Bijoux etc.

Berlin W 15 Kurfürstendamm 197/98